

C·A·P Planung...

24. Januar

„Friedenswahrung durch Intervention“, Workshop der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, München

31. Januar-2. Februar

Arbeitstreffen der Forschungsgruppe Jugend und Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung mit den Kooperationspartnern IJBS Kreisau, Stiftung Kreisau, Angelus Silesius Haus (Breslau) und der Polnischen Robert Schuman Stiftung im Projekt „Nichts ohne uns über uns! Mein Beitrag zur Demokratie“, Warschau

2.-4. Februar

„Transformation of Societies and Political Systems in the Middle East and North Africa“, Fachkonferenz der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Stiftung, Paris

2.-6. Februar

„Achtung (+) Toleranz“ – Seminar der Forschungsgruppe Jugend und Europa zur Förderung einer hilfreichen Kommunikation gegenüber Fremdenfeindlichkeit und zur Steigerung der Zivilcourage

3. Februar (C·A·P-FORUM)

„Die Regierungskonferenz zur Reform der EU – eine Zwischenbilanz“, Paneldiskussion mit Reinhard Silberberg, Auswärtiges Amt, Dr. Christian Barth, Bayerische Staatskanzlei, Angela Bardenhewer, Europäische Kommission

4. Februar (C·A·P-FORUM)

„Der Friedensprozeß am Scheideweg – zur politischen Lage in Israel“

16-18. März

„Kronberger Nahost-Gespräche“, Konferenz der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit der Forschungsgruppe Europa

C·A·P ANORAMA...

herausgegeben vom

Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 - 4904 290

Fax 089 - 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

<http://www.lrz-muenchen.de/~uf29101/>

WWW/CAP.html

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Standort Deutschland

Zwischen Reformnotwendigkeit und Handlungsunfähigkeit

von Jürgen Gros

Das Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland erodiert. Die Notwendigkeit von wirtschaftlichen wie sozialen Reformen wurde lange Zeit durch Wirtschaftswachstum und ökonomische Erfolge verschleiert. Der Zusammenbruch des planwirtschaftlichen Konkurrenzmodells verlieh der Sozialen Marktwirtschaft kurzfristig zusätzlichen Glanz. Die wirtschaftlichen und sozialen Erblasten der Vergangenheit werden deutlich spürbar. Die Erosion wird durch ein gesamtdeutsches Unzufriedenheitspotential verstärkt, das aus den wirtschaftlichen und politischen Kosten des Um- und Aufbaus Ost resultiert. In einem Klima ständig steigender Arbeitslosenzahlen, wachsender Defizite der öffentlichen Haushalte, leerer Sozialkassen, überwuchernder Subventionspolitik, drückender Abgabenlasten und wirtschaftlicher Reglementierungen werden zusätzliche Herausforderungen zunehmend als Gefahren begriffen. Statusunsicherheiten machen sich breit.

Deutschland muß sich sowohl der Bewältigung seiner sozialen und wirtschaftlichen Probleme als auch den wirtschaftlichen Herausforderungen auf europäischer und globaler Ebene stellen. Die Zeit der Problemverlagerung ist abgelaufen. Demoskopische Analysen zeigen, daß sich diese Erkenntnis bei den Deutschen mehrheitlich langsam durchsetzt. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit des augenblicklichen Wirtschafts- und Sozialsystems werden bewußt. Die Bereitschaft zu umfassenden Veränderungen wächst. Diese wurde bisher allerdings von den Entscheidungsträgern mit zentralem Einfluß auf das Regierungssystem der Bundesrepublik – den Parteien – nicht genutzt. Von ihnen geht hinsichtlich sozialer und wirtschaftlicher Reformfragen keine substantielle Führungs- und Prägeleistung mehr aus. Ursache ist dabei weniger ein Mangel an Ideen und Konzepten als vielmehr die strukturelle Unfähigkeit, diese durchzusetzen. Machtsichernder Zwang zu Konsens und Koalitionsfrieden auf der einen und eine oftmals mehr auf machstrategischen als auf inhaltlichen Aspekten beruhende Ablehnungs- und Verweigerungstaktik auf der anderen Seite absorbieren Reformenergie ebenso wie der Versuch, möglichst vielen gruppen- und klientelspezifischen Interessen gerecht zu werden. Machtorientierung und Machtsicherung sind integrale Bestandteile der Politik. Zum gesellschaftlichen Schaden werden sie jedoch, wenn sie Reformen verhindern und Status quo-orientiert bleiben. Das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Parteien wird dadurch nachhaltig gestört.

Kernelement der Reformen zur Stärkung des Standortes Bundesrepublik Deutschland muß es sein, dem einzelnen Bürger wieder vermehrt Chancen und Freiräume zu eigenverantwortlichem Handeln zu bieten. Die dem deutschen Sozialstaat mittlerweile immanente Tendenz, Verantwortung von der individuellen auf eine anonyme kollektive Ebene zu delegieren, gilt es zu durchbrechen. Wachsende Demotivationspotentiale, die aus überstrapazierten und leistungsverhindernden gesellschaftlichen Sicherungsverpflichtungen resultieren, müssen reduziert werden. Eigenverantwortung und Motivation bilden die Basis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Sie gilt es zu fördern.

Jürgen Gros M.A., wiss. Mitarbeiter der Forschungsgruppe Deutschland. Eine umfassende politische und ökonomische Bestandsaufnahme zur Lage der Nation bieten Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Neuausgabe,

C·A·P Prolog...

Die EU zu erweitern...

...heißt, das Prinzip der Integration für das gesamte demokratische und marktwirtschaftliche Europa verbindlich zu machen. Wie die Verwirklichung der Währungsunion ist die Erweiterung nach Osten nicht allein mit dem Rechenstift der Buchhalter ins Werk zu setzen, sondern im Kern ein **politisches Projekt**.

Diese Erweiterung wird zum **Testfall der Reformfähigkeit Europas** werden, denn die erfolgreichsten Demokratien Mitteleuropas sind erkennbar weit genug vorangeschritten, um 1998 in Verhandlungen über ihren Beitritt einzutreten. Dies belegen die Länderanalysen unseres jetzt erschienenen dritten **Berichts zum Stand der Integrationsfähigkeit**. Ihre Aufnahme rückt die EU in direkte Nachbarschaft zu Rußland, zu den westlichen Staaten der GUS und zum Balkan. Europa braucht ein Konzept für den Umgang mit diesen Nachbarn. Erste Strategieüberlegungen enthält unser Buch zu **Europas „Neuer Ostpolitik“** – ein Titel, den wir mit Zögern gewählt haben. Doch er trifft die Lage: Die Trennlinien, welche die Mitgliedschaft in EU und NATO schafft, sind nicht rhetorisch zu überbrücken, sondern nur durch eine kalkulierte **Politik, die entweder europäisch angelegt sein wird oder ihr Ziel verfehlt**.

Josef Janning

Stv. Direktor des C·A·P, Leiter der Forschungsgruppe Europa

Fazit Mitteleuropa

Die Zukunft gemeinsam gestalten

Was ist nach der „Revolution“ im mittleren und östlichen Europa geschehen – in der wirtschaftlichen und der politischen Wirklichkeit, aber auch in den Köpfen? Dieser zentralen Frage gingen die Frankfurter Allgemeine Zeitung, das DeutschlandRadio Berlin und das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) bei dem gemeinsam veranstalteten Kongreß „Fazit Mitteleuropa“ im ehemaligen Preußischen Landtag in Berlin nach.

Die Transformation der mittel- und osteuropäischen Staaten zu Demokratie und Marktwirtschaft ist in vollem Gange. Dennoch hat sich dieser Prozeß als schwieriger und langwieriger erwiesen als anfangs gedacht. Entgegen früherer Erwartungen ist noch keiner der mittel- und osteuropäischen Staaten institutionell im NATO-Bündnis oder in der Europäischen Union verankert. In diesem Zusammenhang stellt sich nicht nur die Frage, ob die neuen Mitgliedstaaten beitragsfähig, sondern auch, ob die Europäische Union aufnahmefähig ist. Das Ziel der Tagung war es, die große Nachfrage zu diesem Thema aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien zu befriedigen. Die Veranstaltung sollte aber auch einen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas leisten. Unterstützt wurde das Vorhaben deshalb durch die aktive Teilnahme von Bundespräsident *Roman Herzog* und dem tschechischen Präsidenten *Vaclav Havel*.

Sowohl Bundespräsident Herzog als auch Präsident Havel sprachen sich in ihren Beiträgen für die Vollendung der europäischen Einigung aus. Die rasche Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten in die euro-atlantischen Strukturen sei nunmehr notwendig. Präsident Herzog nannte die Erweiterung der EU einen „Imperativ des Realismus“. Sein Plädoyer für eine rasche Erweiterung begründete Herzog auch mit den Veränderungen in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft. Um den Herausforderungen der Globalisierung gerecht zu werden und einen 'clash of civilizations' zu vermeiden, sei es für Europa unvermeidlich, „zumindest in den Grundsatzfragen der Weltpolitik mit einer Stimme zu sprechen“. Er fügte hinzu: „In diesem Sinne sind der Zusammenschluß und die Erweiterung Europas für uns alle eine Existenzfrage“. Präsident Havel bekräftigte die Zugehörigkeit der Mittel- und Osteuropäer zum Westen. Die Bürger dort achteten die „westlichen Zivilisationswerte wie Demokratie, Freiheit des Einzelnen, Rechtsstaatlichkeit, Bürgergesellschaft und Marktwirtschaft“. Sie wollten sich zudem zu einer

Prof. Dr. Werner Weidenfeld plädiert dafür, die historische Aufgabe der Erweiterung der EU nicht zu verzögern.

Gemeinschaft bekennen, deren Mitgliedschaft nicht von Entscheidungen der Großmächte abhängig sei, sondern allein von der Erfüllung objektiver Kriterien.

Der Direktor des C·A·P, *Prof. Dr. Werner Weidenfeld*, stellte in seinem nachfolgenden Grundsatzreferat die weitere europäische Einigung in eine weitreichende geistige Tradition, die nunmehr ihre Erfüllung finde. Es gehe um die Aufgabe, „den gesamten europäischen Kontinent als eine Gemeinschaft der Demokratien zu organisieren, die ihre Konflikte nach festen Regeln des Rechts austrägt und nicht auf dem Schlachtfeld der Kriege“. Die Aufnahme der Staaten Mittel- und Osteuropas in die Union verknüpfte Weidenfeld mit der Aufnahmekapazität der EU. Er plädierte für das am C·A·P entwickelte

Konzept der „Differenzierten Integration“ als Schlüssel für eine erfolgreiche Organisation Gesamteuropas. Da die Zahl der EU-Mitglieder in den kommenden Jahren auf 26 wachsen könnte, benötige die EU ein Konzept, „in dem Integration auf hohem, aber unterschiedlichem Niveau organisiert werden kann. Nur so wird Europa regierbar bleiben“.

In den sich anschließenden Diskussionsrunden äußerten sich zahlreiche Experten. *Dr. Silvio Fagiolo*, Beauftragter Italiens in der Regierungskonferenz, Staatssekretär *Dr. Hans-Friedrich von Ploetz*, Auswärtiges Amt, und *Dr. Alexander Vondra*, stellv. Außenminister Tschechiens, debattierten über aktuelle Probleme der Integration Mittel- und Osteuropas. *Dr. Günter Burghardt*, Generaldirektor für Außenbeziehungen der Europäischen Kommission, ging auf die Aufnahmefähigkeit der Union ein. *Prof. Dr. Ernst Moritz Lipp*, stellv. Mitglied des Vorstands der Dresdner Bank, und *Barbara Kux*,

Staatspräsident Vaclav Havel und Bundespräsident Roman Herzog demonstrierten Übereinstimmung in ihren politischen Ansichten zur Zukunft Europas.

Nestlé Polen, skizzierten die Bedingungen unternehmerischen Handelns in Mittel- und Osteuropa.

„Fazit Mitteleuropa“ wurde erstmals gemeinsam von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dem *DeutschlandRadio Berlin* und dem C·A·P durchgeführt. Für die Veranstaltung hat das C·A·P das Konzept vorbereitet und ein Grundlagenpapier erstellt. In Kombination mit der intensiven Umsetzung durch die Medienpartner stellt dies eine attraktive Form der Vermittlung aktueller Strategiethemas der Außenpolitik dar. Als gemeinsames Forum wird „Fazit“ in Zukunft jährlich zu aktuellen politischen Themen veranstaltet. Aus dem Erlös der diesjährigen Veranstaltung werden darüber hinaus Stipendien für junge Wissenschaftler aus Mittel- und Osteuropa gestiftet.

C·A·P Projekt...

In Kooperation mit dem Jerusalemer **ADAM-Institute for Democracy and Peace** und der **Evangelischen Akademie Bad Boll** führten die **Bertelsmann Wissenschaftsstiftung** und die **Forschungsgruppe Jugend und Europa** vom 25.-29.11.1996 die erste offizielle Multiplikatorenschulung für das israelische Demokratieverziehungsprogramm „**Betzavta**“ (Miteinander) durch. Dieses Programm wurde von der Forschungsgruppe Jugend und Europa übersetzt, adaptiert und für die deutsche Bildungsarbeit getestet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der außerschulischen Bildung sowie Lehrer und Lehrerfortbilder lernten den philosophischen Hintergrund dieser Erziehungsmethode und verschiedene zum Teil spielerische Übungen kennen. Ziel dieser Aktivitäten ist die Umwandlung eines externen Konflikts in ein internes Dilemma, um auf diese Weise die **Anerkennung des gleichen Rechts auf Freiheit des anderen** zu erfahren. Mit Beispielen für kreative Lösungsmöglichkeiten in Konfliktfällen endete diese erste Woche des insgesamt zweiwöchigen Trainings. Ab Mai 1997 werden freie Trainer im Rahmen eines Betzavta-Referentenpools zur Durchführung von Seminaren mit dieser Methode zur Verfügung stehen. Weitere Schulungstermine „Betzavta – Miteinander“: 17.-21. Februar und 21.-25. April 1997.

Europäische Kommission

Der Motor der Integration

Die *Europäische Kommission* wird oft als bürgerferne Institution gescholten, die aus ihren Elfenbeintürmen in Brüssel ohne demokratische Kontrolle in das Leben der europäischen Bürger hineinregiert. Übersehen wird dabei, daß sich die Kommission seit ihrer Gründung stets um ein kooperatives Miteinander mit den Institutionen der Mitgliedstaaten bemüht hat. Dies gilt insbesondere für die Förderung wissenschaftlicher Diskussionen und die Einbeziehung von Experten aus den Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung der großen Herausforderungen Europas.

Vor diesem Hintergrund hat die *Forschungsgruppe Europa* eine enge Kooperation mit der *Generaldirektion IA* (external political relations) der Europäischen Kommission aufgebaut, um bei wissenschaftlichen Untersuchungen zur „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) der Europäischen Union zusammenzuarbeiten. Da sich die Kommission mit einer Reihe von Beitrittsanträgen – größtenteils aus den mittel- und osteuropäischen Staaten – befaßt, werden vor dem Hintergrund einer EU, die möglicherweise 25-30 Mitgliedstaaten umfassen wird, relevante Forschungsfragen identifiziert und untersucht. Regelmäßig veranstaltet die Forschungsgruppe Europa in Zusammenarbeit mit der Kommission und der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* hierzu Expertentreffen, bei denen Wissenschaftler aus führenden europäischen Forschungsinstituten und Beamte aus Planungsstäben der EU-Mitgliedstaaten sowie beitriftswilliger Staaten die Perspektiven der GASP untersuchen. Auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse wurde so im Vorfeld der Regierungskonferenz im Juli 1996 in Brüssel ein Bericht vorgestellt, der Empfehlungen für die GASP im 'größer' werdenden

Europa formuliert. Ausgewählte Beiträge der Expertentreffen wurden vor kurzem in dem Band „Managing Security in Europe“ veröffentlicht (siehe C·A·PANORAMA Okt. 1996).

Darüber hinaus unterstützt die Generaldirektion IA der Kommission die jährliche Studie des C·A·P „Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in Europäische Union“, die ebenfalls einer Initiative mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung entspringt. Anhand eines gemeinsam erstellten Prüfrasters wird darin nunmehr im dritten Jahr die Integrationsfähigkeit der Reformstaaten untersucht (siehe auch Seite 6). Der diesjährige Integrationsbericht wurde am 17. Dezember in Brüssel vor europäischen Journalisten und EU-Kommissar *Hans van den Broek* der Öffentlichkeit vorgestellt. In die Vorbereitung des Berichts fließen durch die regelmäßige Teilnahme europäischer Beamter an Arbeitsgruppen des C·A·P mit Partnern in Mittel- und Osteuropa die Expertise, Perspektiven und die Erfahrungen der europäischen Entscheidungsträger ein.

Franco Algeri, Josef Janning, Dirk Rumberg (eds.): *Managing Security in Europe. The European Union and the challenge of enlargement*, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 271 Seiten, DM 30,-, ISBN 3-89204-805-3.

In der Rubrik C·A·Partner stellen wir Projekt- und Kooperationspartner aus der Arbeit der Forschungsgruppen vor.

C·A·Portrait...

Seit November 1995 ist **Sven Behrendt** innerhalb der **Forschungsgruppe Europa** für die inhaltliche Betreuung des Projektbereichs „**Europa und der Nahe Osten**“ verantwortlich. Neben seinem Studium der Verwaltungswissenschaften an der **Universität Konstanz** und der **London School of Economics** konnte er durch lange Forschungsaufenthalte in **Khartoum** im Sudan und **Damaskus** Erfahrungen über die Region sammeln. In enger Zusammenarbeit mit der **Bertelsmann Stiftung** konzipiert er Expertentreffen zu den Themen europäisch-nahöstliche Sicherheit und Zusammenarbeit, ökonomische Entwicklung im Nahen Osten und gesellschaftliche Transformationsprozesse sowie die jährlich abgehaltenen „**Kronberger Nahost-Gespräche**“. Die jüngste Veröffentlichung aus diesem Projekt befaßt sich mit dem Thema „**Peace and Stability in the Middle East and North Africa**“ (Eds.: Josef Janning, Dirk Rumberg, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 142 Seiten, ISBN 3-89204-243-8)

Stefan Collignon: **Geldwertstabilität für Europa. Die Währungsunion auf dem Prüfstand**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 199 Seiten, DM 25,-, ISBN 3-89204-811-8.

Werner Weidenfeld (Ed.): **Central and Eastern Europe on the Way into the European Union. Problems and Prospects of Integration in 1996**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 268 Seiten, DM 15,- ISBN 3-89204-812-6.

Max Kaase, Andrew Kohut: **Estranged Friends? The Transatlantic Consequences of Societal Change**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 152 Seiten, DM 20,-, ISBN 3-89204-149-0.

Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta

Ein Demokratieerziehungskonzept in der Adaption von Susanne Ulrich, Thomas R. Henschel, Eva Oswald, Praxishandbuch für die schulische und außerschulische politische Bildung. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1997, ISBN 3-89204-817-7.

Manuel Fröhlich: **Sprache als Instrument politischer Führung. Helmut Kohls Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland**, München 1997, 252 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-9804711-9-5

Alle Argumente für die Wirtschafts- und Währungsunion lassen sich in letzter Konsequenz in einem Begriff zusammenfassen: Stabilität. Außer zur Preis- und Wechselkursstabilität muß die WWU zur sozialen und politischen Stabilität der EU beitragen. Im Spannungsfeld zwischen Zeitplan, Konvergenzkriterien und einer möglichst hohen Teilnehmerzahl untersucht *Stefan Collignon* Möglichkeiten einer sinnvollen Weiterentwicklung der europäischen Währungspolitik. Gelingt es, den Konvergenzkriterien ihren Charakter als bloße Eintrittskriterien zu nehmen, dann steigen die Spielräume bei deren Interpretation. Das Werk eröffnet Perspektiven zur termingerechten Umsetzung einer Stabilitätsunion.

Der diesjährige Integrationsbericht beinhaltet wiederum umfangreiche Länderberichte zu allen der EU assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas. Diese mittlerweile zehn Beitrittskandidaten haben ihre Startposition für die Integration in die Gemeinschaft zwar verbessern können, doch ist auch deutlich geworden, daß die Aspiranten die wirtschaftlichen und rechtlichen Anforderungen einer EU-Mitgliedschaft noch nicht vollständig erfüllen. Zum größten Beitritts Hindernis wird aber zunehmend die mangelnde Erweiterungsfähigkeit der EU. Dringender denn je ist deshalb der konzeptionelle Entwurf einer neuen EU-Ostpolitik erforderlich, der den Weg in eine gesamteuropäische Zukunft weist.

Nach einer langen Periode relativer Sicherheit und Beständigkeit stehen die Transatlantischen Beziehungen nun einer Reihe von Herausforderungen und Prüfungen ihrer Stabilität und Verlässlichkeit gegenüber. Europa durchläuft gerade einen historischen Prozeß, in dem die Bedingungen und Bestimmungsfaktoren der Außenpolitiken der Nationen des alten Kontinents einem grundlegenden Wandel unterliegen. Auch die Vereinigten Staaten suchen derzeit nach einer neuen Rolle in einem veränderten internationalen Umfeld. Die Studien von *Kaase* und *Kohut* untersuchen die außenpolitischen Einstellungen sowohl der Durchschnittsbürger als auch der Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks.

Der Zuwachs an politischer, kultureller und ethnischer Vielfalt in der Gesellschaft weckt die Nachfrage nach demokratischen Kompetenzen für den Umgang mit dieser Situation. Mit dem Praxishandbuch legt die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* die Adaption eines Bildungskonzepts vor, das in Israel vom Jerusalemer *ADAM-Institute for Democracy and Peace* entwickelt wurde. Das Konzept basiert auf dem Grundsatz der Absicherung des gleichen Rechts aller Menschen auf Freiheit und will bei den Teilnehmenden ein „qualitatives Demokratieverständnis“ wecken. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa bietet auf der Basis dieses Praxishandbuchs Multiplikatorenschulungen an und vermittelt Referenten für die Durchführung des Programms.

Die „Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ von Bundeskanzler *Helmut Kohl* sind höchst aussagekräftige Zeitdokumente. Sie spiegeln die deutschlandpolitische Konzeption der Bundesregierung wider. Welche Prämissen, Grundsatzpositionen, Strategien und Ziele verfolgte die Regierung Kohl in den 80er Jahren? *Fröhlich* beantwortet in Band 8 der Schriftenreihe der *Forschungsgruppe Deutschland* mit einer detaillierten Textanalyse diese Frage und rekonstruiert die Deutschlandpolitik in ihrer sprachlichen Dimension. Der Autor belegt, daß die deutsch-deutschen Beziehungen v. a. durch einen Kampf um Worte geprägt waren. Das Buch schildert exemplarisch, wie über Sprache Politik gemacht wird.

Die Zukunft der Weltmächte

Rußland und Amerika – vor 1989 die bestimmenden Antagonisten der Weltpolitik – beeinflussen immer noch direkt die Entwicklung Europas. Im Rahmen des C·A·P-Forums stellten am 11. Dezember 1996 Prof. Dr. Wjatscheslaw Daschtschew, zur Zeit Gastprofessor an der Universität München und einer der angesehensten Zeithistoriker Rußlands, und Dr. William R. Smyser, Executive Director des Humanitarian Prize der Conrad N. Hilton Foundation, Diplomat und Publizist, die Lage in ihrem Land und die jeweilige Europaperspektive dar. Unter der Leitung von Josef Janning diskutierten anschließend Publikum und Referenten.

Welche Bedeutung hat die letzte verbleibende Supermacht, die USA, für die Entwicklung Europas? *William R. Smyser*, langjähriger Beobachter und Gestalter der Transatlantischen Beziehungen, leitete die Frage an das Auditorium weiter: Bleibt Europa eine Weltmacht in spe oder wird es endlich in der Lage sein, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungs politik – auf globaler Ebene in Kooperation mit den Vereinigten Staaten – zu definieren? Auf amerikanischer Seite sei man sich zwar der wichtigen Rolle Europas – und dabei vor allem Deutschlands – als treuem Verbündeten für den Krisenfall bewußt, in der täglichen Politik sei jedoch ein Abtreten der Atlantiker und eine veränderte Agenda zu beobachten: Außenpolitik stehe höchstens auf dem Rang „Nr. 10“ der Prioritätenliste der US-Politik. Lediglich die NATO-Osterweiterung bewege die politischen Gemüter, wobei diese Frage noch nicht in letzter Konsequenz von den Eliten diskutiert wurde. Eine Marginalisierung Europas auf den Radarschirmen Washingtons sei also durchaus zu konstatieren, von herausragendem Interesse sei dagegen das komplizierte Verhältnis zu der kommenden Supermacht China.

Wjatscheslaw Daschtschew leitete zunächst seinen Vortrag mit Daten und Fakten ein, die den Zerfall der Weltmachtrolle Moskaus belegten. Es sei eine grundlegende Veränderung der Kräftekonstellation in Europa zu beobachten, die in erster Linie durch das Ende der Teilung Deutschlands bedingt sei. Rußland könne man in diesem Rahmen nur noch den Status einer „relativen Weltmacht“ – nach wie vor v. a. im militärischen Bereich – zugestehen. Gefährlich für die strategische Position Moskaus sei insbesondere die wachsende Abhängigkeit Rußlands von den Importen des Westens, der stetige Kapitalabfluß, die schlechte Moral und Kampfbereitschaft der Armee und der Aderlaß der Führungskräfte. All dies mache es nötig, die russischen Kräfte in den nächsten Jahren nach innen zu richten. Die außenpolitischen Interessen Moskaus liegen dabei nach wie vor mit ihrem Schwerpunkt in Europa – *Jelzin* versäume es aber, eine konsistente Europa- und v. a. Osteuropapolitik zu formulieren. Die geplante Osterweiterung der NATO sei dabei nicht nur absolut konträr zu den sicherheitspolitischen Interessen Rußlands, sie sei vielmehr auch ein Instrument Washingtons, eine Stärkung der Rolle der EU zu verhindern und Rußland aus Europa herauszuhalten. In diesen Rahmen würden auch die Bemühungen der USA passen, den russisch-ukrainischen Konflikt zu schüren. Abschließend warnte *Daschtschew* vor einer Isolierung Rußlands und bedauerte, daß man sich in diesem Falle in Moskau zum wiederholten Male von Deutschland entfremde.

Die Wortmeldungen des Publikums konzentrierten sich in der Folge auf die als diffus perzipierte Außenpolitik der USA. *Josef Janning* wies in seinem abschließenden Resümee das Publikum auf die gesteigerten – wenn auch in diesem Fall divergierenden – Erwartungen sowohl Washingtons als auch Moskaus an Bonn hin. Ob Bevölkerung und Eliten in Deutschland auf diese Herausforderungen vorbereitet sind, sei aber fraglich.

Das C·A·P-FORUM ist eine Veranstaltungsreihe, bei der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit Themen angewandter Politikforschung diskutieren

Wjatscheslaw Daschtschew sprach sich im Rahmen des Forums gegen die Osterweiterung der NATO aus.

Deutschland, Polen, Litauen: Erste Schritte der Zusammenarbeit

Der „Aufbau von Jugendstrukturen im Demokratisierungsprozeß“ steht im Vordergrund des Pilotprojekts der Forschungsgruppe Jugend und Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, das unter anderem auch durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk unterstützt wurde.

Das Projekt richtet sich an Leiter von Jugendbildungsstätten und nicht-staatlichen Jugendorganisationen aus Polen, Litauen und Ostdeutschland und dient im Rahmen des Projekts „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ einem ersten fachlichen Austausch. Nach der Wende von 1989 sind in diesen drei Ländern neue, unabhängige Strukturen der Jugendarbeit entstanden und damit auch Fragen zum Aufbau und zur Stärkung dieser nichtstaatlichen Strukturen. Gleichzeitig interessieren sich die Jugendbegegnungsstätten besonders für zeitgemäße Inhalte der Jugendarbeit und die Förderung der bürgerlichen Werte in der Demokratie. Diese Themen standen bei den bisherigen vier Veranstaltungen 1996 in Litauen, Polen und Deutschland im Vordergrund der Diskussion. Gerade konkrete, fachliche Fragestellungen eignen sich dazu, trotz der schwierigen gemeinsamen Geschichte den Dialog aufzunehmen.

Der deutsche Teil des Projekts fand im November letzten Jahres in Kooperation mit dem *Jugendprojekt im Muskauer Park e.V.* und dem *Deutschen Bundestag* statt. Die Teilnehmer konnten Probleme, Aufgaben und die pädagogischen Ziele einer neu entstehenden Jugendbildungsstätte in Sachsen nachvollziehen und das vom Deutschen Bundestag initiierte Projekt „Parlament – Werkstatt der Politik. Eine Chance mit der Jugend“ kennenlernen. In Bad Muskau, Berlin und Bonn standen – wie bereits in Polen und Litauen – Fachgespräche mit politisch Verantwortlichen und Abgeordneten zur Jugendpolitik und Diskussionen zur Zukunft der Demokratie in Mitteleuropa im Mittelpunkt des Programms. Zum Abschluß traf die Gruppe mit Bundestagspräsidentin *Prof. Dr. Rita Süßmuth* zum Resümee zusammen. Die Bundestagspräsidentin begrüßte das Pilotprojekt als erste nachhaltige Initiative dieser Art und unterstrich damit auf höchster Ebene den Willen zur deutsch-polnisch-litauischen Zusammenarbeit im Bereich der Jugendarbeit.

Die Teilnehmer des deutsch-polnisch-litauischen Pilotprojekts mit Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth beim gemeinsamen Resümee

Fragen der Bildung...

...werden auch in diesem Jahr auf dem Bundeskongreß der **Deutschen Vereinigung für Politische Bildung** im März in Würzburg im Mittelpunkt stehen. Unter dem Motto „**Gesellschaftliche Modernisierung**“ wird sich die **Forschungsgruppe Jugend und Europa** aktiv mit eigenen Seminarangeboten beteiligen. Vorgesehen sind Fortbildungen zu den Themen **Fundamentalismus und Gegenmoderne** und Methoden der Vermittlung **Europas** und der **Toleranzerziehung**.

Die Zukunft der EU...

...beleuchtete **Dr. Friedrich Heinemann** vom **Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)** in Mannheim am 11. November 1996 vor der **Forschungsgruppe Europa**. Das Thema des Kolloquiums lautete „**Die Kompetenzverteilung der EU aus ökonomischer Sicht**“. Heinemann wies auf den Zusammenhang zwischen dezentralen Entscheidungsstrukturen und erfolgreicher Wirtschaftspolitik in föderalen Systemen hin. Der interdisziplinäre Dialog soll noch weiter fortgeführt werden.

Einen Crash-Kurs Europa...

...führt die **Forschungsgruppe Jugend und Europa** in Kooperation mit der **Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung** im Mai 1997 durch. Angesprochen sind Multiplikatoren der politischen Bildung. Im Rahmen der Veranstaltung können außerschulische europabezogene Bildungseinrichtungen **Erfahrungen** austauschen und **Methoden** der politischen Bildungsarbeit fortentwickeln. Zudem werden **aktuelle europapolitische Themen** diskutiert.

Was hält die deutsche Gesellschaft noch zusammen?

Wo liegen die Belastungsgrenzen des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland? Wie wirkt sich die zunehmende Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation auf die Systemakzeptanz der deutschen Bevölkerung aus? Können die Parteien noch eine integrierende Rolle spielen? Die *Forschungsgruppe Deutschland* stellte diese Zukunftsfragen deutscher Politik auf einem Workshop in München zur Diskussion. Die Referenten *Ulrich Eith* (Universität Freiburg) und *Stephan Bierling* (Universität München) analysierten aus deutscher und amerikanischer Perspektive das Verhältnis zwischen dem Wandel der politischen Kultur und Organisationsformen der Parteien einerseits und Struktur des Parteiensystems andererseits. Am Ende der Diskussion standen Plädoyers für eine weitere Öffnung der Parteien für neue Partizipationsformen und für eine stärkere Berücksichtigung der Vorteile, die das Prinzip der Mehrheitswahl bietet.

Das deutsche
Parteiensystem in der
Diskussion

Das Engagement...

...von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld in der europäischen Wissenschaft und Politik würdigte am 27. November 1996 die Bayerische Staatsregierung mit der „Medaille für besondere Verdienste um Bayern“. Professor Kurt Fallthäuser, Leiter der Staatskanzlei, überreichte die Auszeichnung. Ebenfalls im November berief der Arbeitskreis Europäische Integration, Bonn, den Direktor des C·A·P in sein Präsidium.

Wille zur Integration notwendiger denn je

Auf einem zweitägigen Symposium der *Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit* in Kooperation mit dem C·A·P diskutierten im Dezember Experten, Politiker, Multiplikatoren und Öffentlichkeit über die „Zukunftsfähigkeit Europas“. An vielen Stellen der oft von Skepsis durchdrungenen Diskussion wurde klar, daß es vor allem eines stärkeren politischen Willens der Mitgliedstaaten der EU bedarf, um die Revision des Maastrichter Vertrages erfolgreich zustande zu bringen. *Werner Weidenfeld* forderte, zu einer neuen Qualität der Integration zu gelangen und so die historisch notwendige Osterweiterung zu ermöglichen. Im weiteren Verlauf der Tagung konnten neben den Referenten des C·A·P ausgewiesene externe Experten aus Wissenschaft und Politik den Teilnehmern interessante Einsichten vermitteln. Eine regionale Perspektive brachte *Dr. Christian Barth* von der Bayerischen Staatskanzlei mit seinem Beitrag zur föderalistischen Organisation Europas ein. *Prof. Dr. Elke Thiel* von der Stiftung Wissenschaft und Politik behandelte die Bedingungen einer funktionierenden Währungsunion. *Dr. Dieter Bingen* vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien beschrieb den Stand der Integrationsfähigkeit der Länder Mittel- und Osteuropas. In einem weiten Bogen beschäftigte sich zum Abschluß der schweizerische Experte für internationale Fragen *Prof. Dr. Curt Gasteyger*, Universität Genf, mit Europas Rolle in der Welt.

Die Zukunftsfähigkeit Europas
steht auf dem Spiel